



Für die Heimat

Artur Auernhammer



Mehr unter   4/2018
artur-auernhammer.de



Das Baukindergeld kommt - sogar rückwirkend ab 1. Januar 2018.

2017 war das Baukindergeld ein zentrales Wahlkampfthema der CSU. Die CSU Landesgruppe hat sich dafür stark gemacht und jetzt wird es realisiert.

Die Spitzen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD haben bei ihrer Klausurtagung auf der Zugspitze eine umfangreiche Wohnrauminitiative „Für mehr Wohnraum, bezahlbare Mieten und Wohneigentum für Familien“ beschlossen. Zentraler Bestandteil ist das Baukindergeld. Es soll noch in diesem Sommer im Bundestag beschlossen werden und rückwirkend ab dem 1. Januar 2018 gelten.

Pro Kind und Jahr erhält jede Familie dann 1.200 Euro über einen Zeitraum von zehn Jahren. Für eine Familie mit zwei Kindern ergibt sich damit über zehn Jahre ein Betrag von 24.000 Euro. Recht auf das Baukindergeld hat jede Familie, die in Deutschland zum ersten Mal eine Immobilie neu baut oder erwirbt.

Das zu versteuernde Haushaltsjahreseinkommen darf dabei 90.000 Euro bei einer Familie mit einem Kind nicht übersteigen. Pro weiterem

Kind erhöht sich dieser Betrag um 15.000 Euro. Für eine Familie mit zwei Kindern liegt die Einkommensgrenze somit bei 105.000 Euro und mit drei Kindern bei 120.000 Euro. Maßgeblich sind die durchschnittlichen Einkünfte der beiden Kalenderjahre vor der Antragstellung.

KfW-Förderprogramm ab August 2018



Schon im August sollen Anträge für das Baukindergeld über ein KfW-Förderprogramm gestellt werden können. „Daneben sollen noch im Sommer die Sonderabschreibungsmöglichkeit im freifinanzierten Wohnungsneubau und Änderungen des Mietrechts gesetzlich umgesetzt werden. Die weiteren Vorhaben der Wohnraumoffensive müssen schnellstens folgen, um unser Ziel, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, umzusetzen“, sagte Artur Auernhammer.



Für Familien in Bayern gibt es noch mehr Baukindergeld

Es gibt eine zusätzliche bayerische Eigenheimzulage in Höhe von 10.000 Euro. Familien in Bayern erhalten künftig eine attraktive finanzielle Unterstützung auf dem Weg ins Eigenheim! Zusätzlich zum Baukindergeld des Bundes hat die Bayerische Staatsregierung in ihrer Kabinettsitzung am 15. Mai 2018 ein Maßnahmenpaket für mehr Wohnraum auf den Weg gebracht. Ein Teil davon sind attraktive Zuschüsse für Familien: das bayerische Baukindergeld und die bayerische Eigenheimzulage.



Bereits 23 Kommunen haben von der Städtebauförderung im Wahlkreis profitiert.



Haushalt soll bis Anfang Juli beschlossen werden!

Dem Haushaltsentwurf 2018 zufolge plant die Bundesregierung Ausgaben in Höhe von 13,76 Milliarden Euro für das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Das sind rund fünf Milliarden Euro mehr als noch 2017. Allein für die Städtebauförderung sind über 800 Millionen Euro eingeplant.

Vor allem aber werden sicherheitspolitische Maßnahmen finanziert. Bundesinnenminister Seehofer betonte zu Beginn der Debatte, dass sein Haushalt vor allem ein Haushalt für die nationale Sicherheit sei. Die Große Koalition habe der Bevölkerung mehr Stellen für die Sicherheitsbehörden sowie mehr Mittel für die Ausstattung zugesagt. Hier habe man Wort gehalten. Zu den geplanten Anker-Zentren für Asylbewerber, versprach Seehofer, dass entsprechende Einrichtungen im Spätsommer eröffnet werden können. Durch diese Zentren sollen Asylverfahren beschleunigt und abgelehnte Asylbewerber zeitnah abgeschoben werden.

CSU hat die Zukunft im Blick - die schwarze Null steht!

Der neue Haushalt ist solide, sozial gerecht und zukunftsorientiert. Er sieht Ausgaben in Höhe von 341 Milliarden Euro und keine neuen Schulden vor. Die Schwarze Null gehört zum Markenkern der Haushaltspolitik der Union.

Folgerichtig hat die Union während der Koalitionsverhandlungen auf einen soliden Haushalt gepocht und sich auf ganzer Linie durchgesetzt. Wir machen keine neuen Schulden und leben nicht auf Kosten zukünftiger Generationen.

Der mit Abstand größte Posten im neuen Haushalt ist der Etat für Arbeit und Soziales mit rund 140 Milliarden, gefolgt von den Verteidigungsausgaben mit 38,5 Milliarden. An dritter Stelle folgt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur unter Andreas Scheuer (CSU) mit 27,6 Milliarden Euro.

Besonders zu erwähnen ist, dass Innovation und Investition im besonderen Fokus des Haushaltsentwurfs stehen. Vor allem die CSU hat die Zukunft im Blick.



Artur Auernhammer auf Gemeindebesuch



Artur Auernhammer stattet jeder Gemeinde und jeder Stadt im Bundeswahlkreis einen Besuch ab. Dieses Mal war er zu Gast bei der Stadt Windsbach. Dort tauschte er sich mit Bürgermeister Matthias Seitz aus. Aktuelle Themen aus der Kommunalpolitik standen im Mittelpunkt.

Artur Auernhammer ist es ein Anliegen, sich mit den kommunalen Mandatsträgern - parteiunabhängig - auszutauschen. Dabei steht das Wohl der Menschen in der Heimat im Vordergrund. Wo drückt der Schuh? Wo ist Unterstützung aus Berlin nötig?

Starkes Signal für die Landwirte – Erste Beratung des Landwirtschaftshaushalts.

„Mit dem Regierungsentwurf zum Landwirtschaftshaushalt zeigt die Bundesregierung, dass sie hinter unserer heimischen Landwirtschaft steht“, betonte Artur Auernhammer in seiner Haushaltsrede in der vergangenen Sitzungswoche im Deutschen Bundestag.

Insgesamt stehen für den Bereich Ernährung und Landwirtschaft für das laufende Haushaltsjahr nach einem leichten Mittelaufwuchs rund 6 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Löwenanteil der Ausgaben entfällt auf die landwirtschaftliche Sozialpolitik mit 3,95 Milliarden Euro. Dazu zählen unter anderem die Zuschüsse zur Alterssicherung der Landwirte mit 2,31 Milliarden Euro, die Zuschüsse zur Krankenversicherung der Landwirte mit 1,41 Milliarden Euro und zur die Unfallversicherung der Landwirte mit 178 Millionen Euro. „Ich bin besonders froh, dass die Mittel für die Unfallversicherung gehalten werden konnten“, so Artur Auernhammer.

Im ursprünglichen Entwurf war eine deutliche Kürzung angedacht, was zu einer Beitragserhöhung von über 30 % für die Betriebe geführt hätte.



Das Wohl der Familienbetriebe im Blick!

In seiner Haushaltsrede ging Artur Auernhammer vor allem auf den notwendigen Dialog zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz ein. Dieser müsse sachgerecht und ideologiefrei geführt werden. In diesem Zusammenhang sei außerdem der Mittelaufwuchs um 50 % für die Förderung des ökologischen Landbaus ein starkes Signal. Daneben sei es ein wichtiger Schritt, dass für die Digitalisierung in der Landwirtschaft erstmals ein Ansatz von 10 Millionen Euro im Haushalt veranschlagt sei.

Etwas mehr Finanzmittel würde sich Artur Auernhammer wünschen, um die kleinbäuerlichen Strukturen zu stärken. „Wir müssen immer das Wohl unserer Familienbetriebe im Blick haben.“



Spatenstich im neuen Ansbacher Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten



von links nach rechts:
MdB Artur Auernhammer,
Landwirtschaftsministerin Michaela
Kaniber und Wolfgang Kerwagen,
Amtschef im Landwirtschaftsamt

Das neue, dreigeschossige Dienstgebäude wird in Holzbauweise errichtet. Es entspricht modernsten, energetischen Anforderungen und ist barrierefrei. Die Kosten für das Bauprojekt sind mit 13,8 Millionen Euro veranschlagt, getragen vom Freistaat Bayern. Fertig sein soll der Neubau im Frühjahr oder Sommer 2020. In dem neuen Ansbacher Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten können dann über 120 Beschäftigte arbeiten. Die Festansprache beim Spatenstich hat die Bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber gehalten.



Feuchtwanger und Schopflocher Belange berücksichtigen

Im Rahmen eines Gemeindebesuches in Feuchtwangen sprachen Bundestagsabgeordneter Artur Auernhammer und Bürgermeister Patrick Ruh unter anderem über anfallende Kosten für die Stadt Feuchtwangen bei einer Bahnreaktivierung der Strecke Dombühl - Wilburgstetten.

Trotz Fördermitteln entstünden dabei auf Basis der bisherigen Kalkulationen und Prognosen für die Stadt Feuchtwangen Kosten in Höhe von 1,2 Millionen Euro für 14 Bahnübergänge, stellte Bürgermeister Ruh im Gespräch dar. „Neben den berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Firma Rettenmeier in Wilburgstetten müssen auch die Belange der Feuchtwanger und Schopflocher bei einer möglichen Bahnreaktivierung berücksichtigt werden,“ bilanziert Auernhammer. Hierzu gehören eine solidarische Finanzierung der kreuzungsbedingten Kosten und eine Optimierung der Busanbindungen. Die Gemeinden müssen die Instandsetzungs- und Baumaßnahmen der Bahnübergänge im Falle einer Reaktivierung der Strecke mit erheblichen Eigenanteilen finanzieren.

Ende April hatte der bayerische Staatssekretär Josef Zellmeier Finanzierungszusagen des Innenministers Joachim Herrmann erneuert und angekündigt, auf der Strecke Dombühl - Wilburgstetten für 15 Jahre einen Schienenpersonennahverkehr bestellen zu wollen.

Pakt für den Rechtsstaat. Mehr Personal, bessere Ausstattung, effizientere Verfahren.

Ein handlungsfähiger Rechtsstaat stärkt das Vertrauen in die Demokratie. Kern ist gemäß Koalitionsvertrag ein Dreiklang aus mehr Personal, besserer Ausstattung und effizienteren Verfahren auf allen Ebenen der Sicherheitsbehörden: von der Polizei über die Nachrichtendienste bis hin zur Justiz. So sollen laut Koalitionsvertrag 2.000 neue Richterstellen bei den Gerichten der Länder und des Bundes geschaffen werden. Auch der Generalbundesanwalt erhält mehr Mitarbeiter. In Teilen der Justiz ist die Situation von Überlastung, Personalengpässen, Nachwuchsproblemen und stockender Digitalisierung gekennzeichnet.



Bei den Sicherheitsbehörden sollen nochmals weitere 15.000 Stellen entstehen, davon 7.500 beim Bund.



Artur Auernhammer trifft Landrat Dr. Jürgen Ludwig



Artur Auernhammer traf Landrat Dr. Jürgen Ludwig. Aktuelle Themen aus dem Landkreis Ansbach wurden thematisiert.

Datenschutzgrundverordnung

Am 25. Mai trat die Europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVI) in Kraft. Was gedacht war, die Bürgerinnen und Bürger beim Schutz ihrer Daten zu unterstützen, entpuppt sich als gewaltiges Bürokratiemonster. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, vor allem aber Vereine und das Ehrenamt haben mit der Umsetzung und Einhaltung zu kämpfen. Die Verunsicherung und die Angst vor Abmahnwellen bei ehrenamtlich Tätigen, bei Vereinen und kleineren Unternehmen ist groß, sie brauchen jetzt Unterstützung. Es sei klar, so Artur Auernhammer, dass es keine Abmahnwellen gegen Ehrenamtliche, Selbständige und kleine Vereine wegen vermeintlicher Verstöße gegen die DSGVO geben dürfe. „Einen Missbrauch des Abmahnrechts werden wir verhindern und wirtschaftliche Anreize für unseriöse Abmahnungen reduzieren“, betont der Auernhammer. Auch jenseits der Ende Mai in Kraft getretenen DSGVO leiden Ehrenamtliche und kleine Vereine unter einer fragwürdigen Abmahnpraxis. Das müsse schleunigst eingedämmt werden. Bundesjustizministerin Katarina Barley müsse jetzt schnell handeln.



Zum Jubiläum hoher Besuch in Pfraunfeld!

Die Blaskapelle Pfraunfeld feierte in diesen Tagen ihr 50jähriges Jubiläum. Artur Auernhammer hat für das große Fest auf dem Jura die Schirmherrschaft übernommen.

Die CSU Jura veranstaltete in diesem Rahmen einen politischen Abend mit Staatssekretär im Bayer. Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, Josef Zellmeier.

Jubiläum Frauenunion Rothenburg ob der Tauber



Die Frauen Union (FU) Rothenburg ob der Tauber feierte ihr 20-jähriges Jubiläum. „Herta Sommer und ihre Kolleginnen leisten Großartiges - ehrenamtlich und mit ganz viel Herzblut“, zollt Artur Auernhammer seinen großen Respekt. Seine Bundestagskollegin Dr. Anja Weisgerber übernahm die Festrede beim Jubiläum. Der MdB dankte allen Frauen der FU für ihren engagierten Einsatz.



So erreichen Sie mich in Berlin:

Deutscher Bundestag
Artur Auernhammer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030.227-78797
Artur.Auernhammer@bundestag.de

www.artur-auernhammer.de

Mehr unter  

Aktuelle Publikation im Download

Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung

CDU/CSU Fraktion im deutschen Bundestag

Bestellservice des Deutschen Bundestag